

Ostland-Berichte

Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Bei Rückfragen ist auf die am Schlusse jedes Artikels stehende Nummer Bezug zu nehmen.

Inhaltsverzeichnis.

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.

Wissenschaftliche Organisation und Propaganda.

Die polnischen Westmarken und die Beschlüsse des Kongresses des polnischen „Westmarkenvereins“	29
Das „Baltische Institut“ in Thorn	31
Wie England und Amerika über Pommerellen aufgeklärt werden	32

Forschungsergebnisse.

Rudnicki, M. Das polnische „Dagome iudex“ und die wägrische Gottheit „Podaga“	34
Dąbrowski, J. Die Wiege der polnischen Kultur	38
Piotrowski, M. Die Burgwälle in Großpolen	42

Politische Fragen.

Die Grenzen des polnischen Staates	43
Die Außenpolitik Polens in den Jahren 1926 und 1927 in bezug auf Deutschland und Danzig	44
Neue Forderungen für die polnische Kriegsmarine	46

Wirtschaftliche Fragen.

Die polnischen Wasserstraßen	47
--	----

Die polnischen Westmarken und die Beschlüsse des Kongresses des polnischen „Westmarkenvereins“¹⁾.

Die „Polska Zachodnia“ bringt einen Teilbericht über die Beschlüsse des Delegiertenkongresses der polnischen Westmarkenvereine, der am 18. und 19. November 1928 in Warschau stattfand.

Danach war der Ausgangspunkt für die Diskussionen des Kongresses die folgendermaßen gekennzeichnete Haltung der deutschen Minderheit in Polen. Diese „befindet sich heute unter dem übermächtigen Einfluß der deutschen Nationalisten, die auf dem ganzen Staatsgebiet unter den verschiedensten Namen auftreten und intensive staatsfeindliche Arbeit leisten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der deutsche Nationalismus sich nicht mit den Ansichten der gesamten Minderheit in Polen überhaupt deckt. Unter ihr befinden sich auch loyale Elemente, die aber bisher verborgen blieben, da sie von den Nationalisten terrorisiert werden.“

Aufgabe des „Westmarkenvereins“ sei es daher: „die nationalistiche Front unter den Deutschen in Polen zu schwächen und die loyalen Elemente zu Wort kommen zu lassen“. Demgemäß lautet die erste Resolution des Kongresses: „die polnische Gesellschaft strebt ein harmonisches Zusammenleben mit der deutschen Minderheit an, jedoch unter der Bedingung ihres loyalen Verhaltens zum Staat, und sie er-

1) Polnisch lautet der Name dieses Vereins: „Związek obrony kresów zachodnich“, abgekürzt: Z. O. K. Z.

wartet, daß sich unter der deutschen Minderheit loyale Elemente finden, die sich der staatsfeindlichen Aktion der deutschen nationalistischen Organisationen in Polen entgegenstellen vermögen.“ Als Zweck dieser Resolution führt der Bericht an, daß der „Westmarkenverein“ dadurch (!) zeigen wollte, wie grundlos die Vorwürfe von Nationalismus und Chauvinismus, die ihm von übelwollenden Seiten gemacht würden, seien. Gerade von diesem Standpunkt der Versöhnlichkeit aus halte es der „Westmarkenverein“ aber für um so dringlicher, den deutschen Nationalismus zu bekämpfen.

Wie diese „Versöhnlichkeit“ des „Westmarkenvereins“ gegenüber den Deutschen in Polen aussieht, das zeigen die Beschlüsse des Kongresses, die in negative und positive eingeteilt werden. Die negativen umfassen die „Mittel, die bezwecken, gegenüber der deutschen Minderheit eine entschiedene Politik zu führen, da diese durch staatsfeindliche Elemente beherrscht werde und ihre staatsfeindliche Haltung letzstens gelegentlich der Feier der 10-jährigen Unabhängigkeit des Staates kraß gezeigt habe.“ Demgemäß forderte der Kongreß, die Regierung solle sich ihres Rechtes bedienen, die deutschen Optanten ausweisen, die Liquidierung des deutschen Eigentums unverzüglich durchführen und schließlich den Rechtsstand der evangelisch-unierten Kirche derart regeln, daß dem polnischen Staat ein entsprechendes Eingriffsrecht in die Kirchenangelegenheiten gewährleistet werde. Zu letzterem bemerkt der Berichterstatter: „Besonders diese letzte Forderung hat für Schlesien außerordentliche Bedeutung angesichts des provozierenden Verhaltens der Pastoren“.

Die positiven Beschlüsse des Kongresses zielen „auf die Stärkung des Polentums in diesen Grenzmarken“ hin. Und zwar soll diese vornehmlich auf wirtschaftlichem Gebiete erfolgen, „da die polnische Bevölkerung gegenüber der deutschen Bevölkerung wegen des jahrhundertelangen Drucks vernachlässigt ist“. Der Kongreß hat nach unserem Berichterstatter unter Außerachtlassung der unvergleichbaren Besitzverteilung in der oberschlesischen Industrie, „sein Augenmerk auf die Notwendigkeit gelenkt, in den westlichen Wojewodschaften die Agrarreform derart durchzuführen, daß die bisherige Ungleichmäßigkeit . . . , daß bisher auf einen Staatsbürger deutscher Nationalität bis zu 25 mal mehr Boden als auf einen Staatsbürger polnischer Nationalität entfalle, verschwinde.“ Hierzu fordert der Kongreß noch besonders energisches Vorgehen gegen den oberschlesischen Landlieferungsverband, der bisher die Durchführung der Agrarreform gehemmt habe.

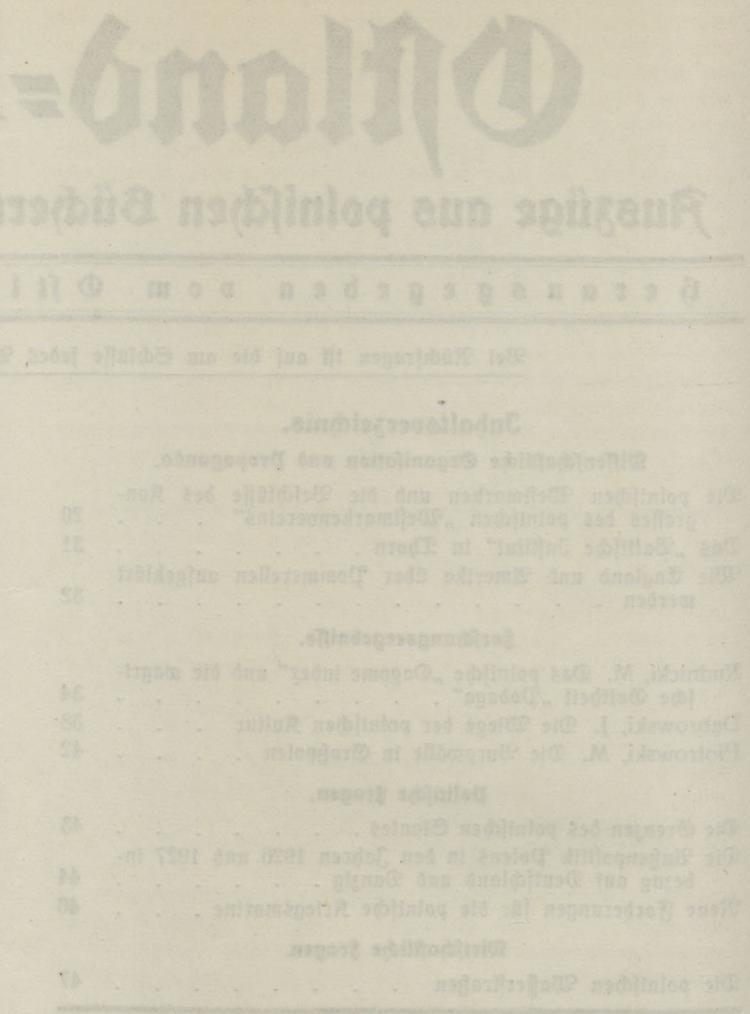
Weitere Beschlüsse betreffen billige Kredite, insbesondere für Genossenschaften, sowie „zur Erhaltung von Wirtschaftsobjekten in polnischer Hand und Vermehrung des polnischen Besitzstandes auf eine Norm, die der Zahl des polnischen Elements in den westlichen Wojewodschaften entspricht“.

Ferner wurden eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die sich auf die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen beziehen, u. a. betr. die Erschwerung der Niederlassung von deutschen Staatsbürgern, „um die westlichen Wojewodschaften vor dem Zustrom des politisch gefährlichen deutschen Elements zu schützen;“ ferner gegen jegliche Änderung der Grenzverordnungen, überhaupt gegen irgendwelche politischen Konzessionen gegenüber Deutschland.

Der Berichterstatter der „Polska Zachodnia“, der vorerst nur die hier berührten Resolutionen erörtert, nennt diese ein ganzes „Programm, das unzweifelhaft von den maßgebenden Faktoren berücksichtigt und realisiert werden wird.“ Und dies alles soll geschehen im Zeichen einer angeblichen Versöhnung mit den polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität!

[Quidam: „Problem Kresów Zachodnich“; in: „Polska Zachodnia“, Nr. 327 (25. XI. 1928), S. 6; ferner: „Uchwaly zjazdu delegatow Z. O. K. Z.“, ebenda Nr. 336 (4. XII. 1928), S. 3.] (12)

1) Der „Polska Zachodnia“ sind die protestantischen deutschen Pastoren in Polen überhaupt ein Dorn im Auge. (Red.)



Im ersten Jahrgang unserer Berichte haben wir uns schon einmal an Hand eines Aufsatzes von St. Srokowski mit dieser wissenschaftlichen Propagandaaktion in Thorn beschäftigt. Heute sind wir in der Lage, genauere Nachrichten zu geben. Diese beruhen auf Angaben, welche sich auf dem Umschlagdeckel der ersten, vor wenigen Monaten erschienenen, Veröffentlichung dieses Instituts¹⁾ befinden.

Danach ist das „Baltische Institut“ (Instytut Bałtycki) ein „Eingetragener Verein“ und in das Vereinsregister beim Kreisgericht in Thorn durch Dekret vom 27. Februar 1926 aufgenommen worden. Nach § 2 des Statuts hat das „Baltische Institut“ die Aufgabe, „die wirtschaftlichen, politischen, nationalen u. a. Verhältnisse der baltischen Küste von dem Gesichtspunkte der mit ihnen verbundenen polnischen Interessen aus zu untersuchen“. Wie diese Aufgabe verwirklicht werden soll, hat schon Srokowski in dem soeben genannten, von uns besprochenen Aufsatz ausgeführt.

An der Spitze des Instituts steht ein Vorstand, der sich aus sieben Mitgliedern zusammensetzt, die fast alle noch die gleichen Persönlichkeiten wie im Jahre 1926 sind: Der Landeshauptmann (Starosta Krajowy) von Pommerellen Dr. Joseph Wybicki (bis 1919 als Arzt in Danzig tätig) als Vorsitzender, der bekannte Forscher und Pfarrer Professor St. Kozierowski²⁾ als stellvertretender Vorsitzender, der Senator Dr. Otto Steinborn als Schatzmeister und Dr. J. Kolanowski als Schriftführer. Außerdem sind noch Mitglieder des Vorstandes bezeichnenderweise der Direktor des „Westmarkenvereins“ M. Korzeniowski, ferner Dr. M. Hasiński und der jedesmalige Direktor des Instituts. Seit dem 1. Dezember 1927 ist dies Joseph Borowik, Abteilungsleiter im Staatlichen Landwirtschaftsforschungs-Institut (Państwowy Instytut Naukowego Gospodarstwa Wiejskiego) in Bromberg.

Eine wichtige Änderung gegen 1926 besteht darin, daß Srokowski jetzt nicht mehr zum Vorstande gehört. Aber die Gründe seines Ausscheidens ist bisher nichts bekannt geworden.

Über dem Vorstand steht ein Kuratorium, zu dem folgende Persönlichkeiten gehören: Der ehemalige Wojewode von Posen, Adolf Bniński, der verstorbene Rechtsanwalt Anton Ossuchowski, der Präsident des Appellationsgerichts in Thorn, A. Ruszczyński, der Kurator des pommerellischen Lehrbezirks, J. Szwemin und der ehemalige Wojewode von Pommerellen, Dr. St. Wachowiak.

Die Publikationsstätigkeit des Instituts ist auf recht breiter Basis geplant. Alle Veröffentlichungen sollen den Oberbegriff: „Pamiętnik Instytutu Bałtyckiego“ (Mémoires de l'Institut Baltique) tragen. Es sind aber drei verschiedene Veröffentlichungsreihen vorgesehen:

Serie A, welche den Untertitel „Dominium Maris“ führt, soll alle die Publikationen enthalten, welche von den verschiedensten Gesichtspunkten aus die Frage des „Zugangs zum Meere“, als „des erstrangigen Wirtschaftsproblems des wiedererstandenen Polens“ behandeln.

Serie B trägt den Untertitel „Balticum“ und wird alle die Arbeiten umfassen, welche in wissenschaftlicher und populärer Darstellung die Küstengebiete der Ostsee und diese selbst behandeln, und zwar „mit besonderer Berücksichtigung Pommerellens und Ostpreußens“.

Die Serie C wird eine Bibliographie Pommerellens und eine Literaturübersicht enthalten.

In der Serie A ist Ende 1928 die schon oben erwähnte Schrift von W. Stopeczyk über den internationalen Handel auf der Ostsee erschienen. Die Serie B wird eine sehr wichtige und umfangreiche, fünf Teile umfassende Publikation über Pommerellen bringen. Während der erste Teil der Landeskunde gewidmet ist, wird im zweiten Teile das Volkstum behandelt. Hier sind als Bearbeiter vorgesehen: Professor K. Stolyhwo (Anthropologie), Professor A. Fischer (Ethnographie), der unsern Lesern genügend bekannte Professor M. Rudnicki für die sprachlichen Verhältnisse, und der

1) Vgl. „Ostland-Berichte“ Jhg. 1, Nr. 2, S. 21—23.

2) Stopeczyk, W. Handel międzynarodowy na Bałtyku (Der internationale Handel auf der Ostsee), Thorn 1928. Wir berichten über diese Arbeit im nächsten Heft der „Ostland-Berichte“.

3) Vgl. „Ostland-Berichte“ Jhg. 2, Nr. 9, S. 171 ff.

ebenfalls schon oft erwähnte Professor J. Kostorzewski für die Vorgeschichte.

Der dritte Teil, welcher die Geschichte und Kultur Pommerellens behandelt, weist folgende Verfasser auf: Die Professoren K. Tymieniecki und W. Konopczynski (Politische Geschichte), der Direktor der Städtischen Bibliothek in Thorn Dr. J. Mocariski (Geisteskultur), Pfarrer B. Makowski (Kunstgeschichte), Professor Dr. Glemma vom Priesterseminar in Pelplin (Kirchengeschichte), Kurator Szwemin (Schulwesen) und J. Karnowski (Kaschubische Volkskunde).

Das Wirtschaftsleben Pommerellens wird im vierten Teil in acht Abschnitten behandelt: Bevölkerungsstatistik, Staats- und Selbstverwaltung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, See- und Flußfischerei, Kredit- und Genossenschaftswesen, Industrie, Handel.

Der fünfte Teil trägt den Untertitel „Zugang zum Meere“ und weist folgende Abschnitte auf: 1. Geopolitischer Abriss Pommerellens, den der bekannte Wirtschaftshistoriker Professor Franz Bujak schreiben wird. 2. Die Wasserwege in Pommerellen. 3. Die Eisenbahnen. 4. Die polnischen Seehäfen (Danzig, Gdingen, Dirschau). 5. Die Konkurrenz der baltischen Häfen. 6. Die polnische Handelsflotte. 7. Die Hochseefischerei. 8. Verfassung der Freien Stadt Danzig, die Professor B. Winiarski darstellen wird.

Als Beilagen sind eine größere Anzahl von Karten über die Geographie, die Nationalitätenverhältnisse, die Verkehrswege usw. vorgeesehen.

Alle diese Veröffentlichungen des „Baltischen Instituts“ sollen allen Forschungs- und Wirtschaftsinstituten in Polen und im Ausland zugesandt werden, und sie „sollen dazu beitragen, die Kenntnis der Fragen Pommerellens und die Bedeutung des Zugangs zum Meere für Polen zu vertiefen“.

Wenn der Plan dieses großen Sammelwerkes verwirklicht werden sollte, so dürften die Polen über ein Propagandawerk verfügen, dem von deutscher Seite aus nichts an die Seite gestellt werden kann. Und wir beobachten auch hier wieder, wie schon so oft, die Tatsache, daß in Polen angesehene Universitätsprofessoren ihre Forschungsarbeit mutig in den Dienst der nationalen Sache stellen, hier sogar an einem ausgesprochenen wissenschaftlichen Propagandawerk mitarbeiten, das die Aufgabe haben soll, „die zu der Ostsee in Beziehung stehenden Interessen Polens zu verteidigen“. Diese ihre wissenschaft-propagandistische Tätigkeit trägt den polnischen Universitätsprofessoren bei ihren Volksgenossen und Fachkollegen nur Achtung und Anerkennung ein.

Wagt aber ein deutscher Forscher, in ähnlicher Weise tätig zu sein, d. h. die polnischen Thesen wissenschaftlich zu widerlegen oder in seiner Forschungsarbeit einen den Polen nicht genehmen Standpunkt zu vertreten, so wird er von polnischer Seite als unwissenschaftlicher Propagandist, oft sogar als Pamphletist gebrandmarkt. Leider lassen sich durch diese polnischen Abschreckungsmethoden vielfach deutsche Forscher einschüchtern und halten sich scheu zurück, wo es ihre Pflicht wäre, mit den Ergebnissen ihrer Forschung ihrem bedrohten Volkstum zu Hilfe zu eilen. Wir können auch hier, wie so oft, nur von unsern östlichen Nachbarn lernen.

Jedenfalls zeigt die großzügig geplante Arbeit des „Baltischen Instituts“, daß man in Polen gewillt ist, den Besitz des Korridors auch durch wissenschaftliche Propaganda, die sich an das Ausland wenden soll, zu sichern. (10)

Wie England und Amerika über Pommerellen aufgeklärt werden.

Der nachfolgend besprochene Artikel behandelt zum Schein Pommerellen in wirtschaftlicher Hinsicht, ist aber in Wirklichkeit ein politischer Propaganda-Aussatz. Diese Feststellung ist wichtig, da er in der in Polen von einer polnischen Redaktion herausgegebenen und für das Ausland bestimmten (englischen) Monatschrift „The Polish Economist“ erscheint.

Eingangs stellt der Verfasser fest, daß Pommerellen, der sog. „Polnische Korridor“, der dank der deutschen Propaganda in der ganzen Welt bekannt geworden ist“, bei einer Bevölkerung von über 1 Million, von denen 81 % Polen seien, „bestimmte Aufgaben zu erfüllen habe“. Die spezielle Bedeutung Pommerellens innerhalb der polnischen Wirtschaftsstruktur bestehe darin, längs der polnischen Weichsel den Zugang zum Meere zu vermitteln. Besonders verweist der Verfasser bei der Schilderung der Strukturwandlung dieses Gebietes infolge der neuen Grenzziehung, und zwar durch den Übergang von dem hoch industrialisierten Deutschland zu dem agrarischen Polen. Dadurch habe sich die Lage Posen's weniger geändert; es bleibe „die Kornkammer der Republik Polen“. Anders aber sei es mit Pommerellen. Zwar sei die Bodenkultur im Vergleich mit den meisten übrigen Gebieten Polens hoch, „in jüngster Zeit hat der landwirtschaftliche Charakter Pommerellens einige seiner wichtigsten Züge eingebüßt, und zwar wegen der territorialen Lage der Provinz, die in mehr als einer Hinsicht neue Entwicklungsaussichten hat.“ Als grundlegende Änderungen in der Lage Pommerellens werden festgestellt:

„Unter deutscher Herrschaft führte dieses Gebiet, wegen seiner relativen Entfernung von den deutschen Wirtschaftszentren, eher ein ärmliches Dasein, während es seit der Einverleibung in Polen zur Hauptlinie für den polnischen Handel und aus einem agrarischen Gebiet allmählich zum Industriegebiet wird.“ (Welcher Art soll diese Industrie sein, doch kaum anders, als sie vor der Abtretung war!) Diese Änderung wird ausdrücklich mit der Danzig's verglichen, „das aus einem zweit-rangigen der Haupthafen wurde und bis zum Bau Gdingens, der einzige Hafen Polens ist und seinen Umschlag seit dem Kriege auf mehr als das Sechsfache vermehrt hat“.

Allerdings muß der Verfasser zugeben, daß diese Veränderungen auch ihre sehr ungünstigen Seiten hätten. So muß er feststellen, „daß der Zugang zum Hinterland geschah bei Abschneuerung von den östlichen und westlichen Nachbargebieten“. Er geht sogar noch weiter und gibt zu, daß „die Interessen des polnischen Pommerellens und die der angrenzenden Gebiete bis zu einem gewissen (!) Grade verflochten sind“, allerdings sei dies nicht besonders stark, da es sich hier um agrarische Gebiete handele. Daher „war die Zeit von 8 Jahren polnischer Herrschaft in Pommerellen genügend (?) . . ., um die früheren Bedingungen durch neue Bande zu ersetzen!“ Die meisten der Schwierigkeiten, die sich nach der neuen Grenzziehung ergeben hätten, seien verschwunden. Zwar muß weiter zugegeben werden, daß einige (!) Schwierigkeiten verblieben seien, jedoch seien diese „rein wirtschaftlichen Charakters, auf Grund der Nachkriegswandlungen in den allgemeinen (!) Wirtschaftsverhältnissen“. Vornehmlich handele es sich um die Sägemühlenindustrie, deren Absatzbedingungen sich ganz und gar verändert hätten. Die nicht wegzuleugnende Tatsache „der anhaltenden Krise der pommerellischen Sägewerke“ versucht der Verfasser mit dem Hinweis „auf eine gewisse Besserung, die in der letzten Zeit festzustellen sei,“ abzuschwächen.

Daher erfolgt schnell der Übergang zu der „Verbesserung unter den neuen Bedingungen, die immer sichtbar er würde“ (?). Er hält es für eine dankbare Aufgabe festzustellen, „daß die Mängel mehr als aufgewogen werden durch die günstigen Umstände, und daß die Industrie im allgemeinen gut dasteht“. Hierbei muß er sich allerdings darauf beschränken festzustellen, daß die schon vorhandenen Unternehmungen fortgeführt und sogar erweitert werden konnten (dank der polnischen Schutzpolitik!). Die Verbesserungen in den letzten acht Jahren werden mit einigen Zahlen abgefaßt, dafür erfolgt dann der Hinweis auf Ödingen, und zwar mit den charakteristischen, etwas eigenartigen Worten: „Bisher sind Graudenz, Bromberg und Thorn die Hauptzentren des Wirtschaftslebens in Pommerellen gewesen, aber in der letzten Zeit ist der Schwerpunkt (!) nach einem neuen Zentrum, das vor dem Krieg nicht existierte, . . . verlegt worden.“ Hierbei würde die Wandlung der pommerellischen Wirtschaftsstruktur deutlich. Die Vorteile, die durch den Bau Ödingens sich ergäben, kämen in erster Linie der pommerellischen Bevölke-

zung zugute. Zunächst für die Fischer, die durch die Wertsteigerung ihrer Ländereien enorme Gewinne erzielt hätten¹⁾, sodann würde der Bau der Eisenbahn Oberschlesien-Gdingen weitere Verbesserungen für Pommerellen mit sich bringen²⁾.

Gdingens und Pommerellens Geschichte seien miteinander verbunden, „während andererseits die Wirtschaftsentwicklung Polens auf dem verbesserten Zugang Polens zur See begründet ist.“ Und hierzu heißt es weiter: „Die Bemühungen Polens in dieser Hinsicht, anfangs nicht sehr großartig, werden immer stärker, und mit ihnen wächst die Bedeutung und die Aufgabe Pommerellens, das der einzige Weg zur See und Polens einzige Pforte zur Welt ist. Dieser Weg führt durch rein polnisches Gebiet³⁾, und die wichtigsten wirtschaftlichen Rechte Polens sind eng mit den unbestreitbaren Rechten der Nation auf diesen Landstreifen verbunden.“

Den Schluß bildet der in einer wirtschaftlichen Darstellung recht merkwürdig anmutende Satz: „Das polnisch-pommerellische Gebiet, eingeengt zwischen Gebieten, die früher gleichfalls polnisch waren⁴⁾, jedoch während der Zeit der deutschen Unterdrückung germanisiert wurden⁵⁾ und nur in einzelnen Teilen ihren polnischen Charakter bewahrten, wird ironisch der „polnische Korridor“ genannt, trotz der Tatsache, daß es die Hauptader im polnischen Wirtschaftskörper ist.“

Die beiden letzten, wörtlich zitierten Sätze dürften wieder einmal zeigen, in welcher skrupelloser Weise in dieser mit Unterstützung der polnischen Regierung herausgegebenen Zeitschrift, die für ahnungslose englische und amerikanische Leser bestimmt ist und ihres englischen Gewandes wegen nicht sogleich als „made in Poland“ zu erkennen ist, die Statistik und Geschichte korrigiert werden.

[„Pomerania“ in: „The Polish Economist“, Vol. III, Nr. 9 (September 1928), S. 334—337.] (16)

Rudnicki, M. Das polnische „Dagome iudex“ und die wagrische Gottheit „Doga“.

In dem nachfolgend besprochenen Aufsatz versucht der schon oft von uns erwähnte Posener Professor Rudnicki eine Deutung für den rätselhaften Namen des Ausstellers einer ebenso rätselhaften Urkunde zu geben, die nur in der Canones-Sammlung des Kardinals Deusdedit im Regest erhalten ist, und in der man eine Schenkung des polnischen Staates durch seinen ersten Herrscher Mieszko (poln. Mieszko) an den Heiligen Stuhl hat sehen wollen. Von deutscher Seite haben sich mit diesem Problem R. Holzmann und Pater Lambert-Schulte beschäftigt⁴⁾.

Rudnicki leitet den Namen Dagome, in echt polnischer Form Dago ma, worin er den zweiten Namen des Mieszko (Mieszko) sieht, von der indogermanischen Wurzel d h e g-, d h o g- „brennen“ ab, und findet diese auch in der von Helmold genannten wagrischen Gottheit P o d a g a. Diese deutet er als die Göttin des häuslichen Herdes: „Es ist nicht merkwürdig, daß ihre Bildsäule nach dem Zeugnis Helmolds in einem Tempel stand, und daß sie entgegengestellt war dem Prove, der männlichen Gottheit, die das öffentliche (Gewohnheits-)Recht repräsentierte. Als weibliche streng häusliche Gottheit war sie recht schwierig für Fremde zu erkennen und besonders für die Deutschen, die, wie bekannt, beständig die slavischen Länder feindlich überfielen mit dem Schwerte in der Hand. Wenn sie sich des Feuers be-

1) Soweit sie nicht enteignet worden sind. (Red.)

2) In gewisser Hinsicht dürfte das stimmen, was die Summen für Arbeitslöhne anbetrifft; im übrigen geht der größte Teil der Gelder in das übrige Polen, vornehmlich Oberschlesien; und schließlich hat diese Bahn nicht die Aufgabe, Pommerellen oder Teile davon zu „erschließen“, sondern ist als reine Kohlenbahn geplant, wird also das pommerellische Wirtschaftsleben nicht allzusehr beeinflussen.

3) Von uns gesperrt. (Red.)

4) R. Holzmann, Böhmen und Polen im 10. Jahrhundert, und P. Lambert-Schulte, Beiträge zur ältesten Geschichte Polens. (Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens, Bd. 52).

dienten, so nur als Mittel, das Habe und Heim der Lechen zu vernichten. Dadurch erklärt es sich, daß wir so wenig Nachrichten über diese Gottheit von Seiten der deutschen Chronisten und deutschen Machthaber besitzen, die Krieger oder Verbrecher an die lechischen Grenzen aussandten, aber keine friedlichen Arbeiter und Zivilisatoren.“

Auch die alten Polen hätten wahrscheinlich diese Gottheit gekannt, wofür Długosż mit seiner „Pogoda“ = Temperies Zeugnis ablege, deren Name durch eine Vermischung mit dem Appellativ „pogoda“ entweder durch ihn selbst oder schon beim Volke, das im Laufe der Zeit unter dem Einfluß des immer stärker Boden fassenden Christentums seine alten Gottheiten vergaß, aus „Podaga“ oder einer Nebenform „Podoga“ entstanden sei.

Zum Schluß seiner eine große Fülle sprachlichen Materials, besonders aus dem Gebiet der Orts- und Personennamen, enthaltenden Arbeit sagt der Verfasser: „Die Übereinstimmung des zweiten Namens Mieszkos I. mit der wagriscen Podaga ist überaus der Beachtung wert. Es ergibt sich eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die ich hier kurz andeute:

1. Die Übereinstimmung ist vielleicht nur und ausschließlich sprachlich, d. h. außer der Identität des Stammes und der allgemeinen sprachgeschichtlichen Bedingungen hat sie vielleicht keine weitere Bedeutung. Oder wenn man die Sache konkret nimmt, wurde unabhängig voneinander der Stamm *dog = lech. *dag - an der Warthe die Grundlage zur Bildung des Namens Dagoma, und bei den Wagriern im äußersten lechischen Westen gab er die Gelegenheit zur Bildung des Namens der Göttin Podaga. In diesem Falle gehen weitere Schlüsse aus dem Verhältnis *Dagoma = Podaga (Dagome = Podaga) nicht hervor und die Übereinstimmung hat zufälligen Charakter.

2. Es überrascht aber die Tatsache, daß gerade der in Polen herrschende Mieszko I. diesen Namen besitzt, dem man außer bei ihm überhaupt nicht begegnet. Die Sache scheint aber eine gewisse Bedeutung zu haben. Es ist möglich, daß diesen Namen, als mit einer Gottheit verbunden, nicht jeder Sterbliche annehmen konnte, aber es konnte ihn der regierende Fürst tragen, der vielleicht sogar in einem besonderen Verhältnis zu der Gottheit stand, mit deren Namen sein Name sprachlich zusammenhing. Długosż Temperies = *Pogoda = *Podoga // Podaga scheint zu verbürgen, daß auch in Polen eine ähnliche Gottheit auftrat wie in Wagrien. Diese Gottheit als Gottheit des häuslichen Herdes konnte speziell verehrt werden in der Familie der Piasten, und gerade deshalb erhielt Mieszko I. einen mit ihr zusammenhängenden Namen. Man kann sich endlich auch die Situation denken, daß Mieszko I. den Namen Zusatzweise erhielt, z. B. deswegen, weil er in irgendeinem persönlichen Unglück der Gottheit unter ihren besonderen Schutz gestellt wurde, vielleicht in der Kindheit oder in der frühen Jugend. Endlich ist nicht ausgeschlossen, daß Mieszko bzw. Mieszka sein Übername ist und sein eigentlicher Name *Dagoma = *Dagome¹⁾. Vielleicht ließen gerade durch diesen Umstand sich die Tatsachen begründen, daß sich Mieszko I. Dagome in einem Akt nennt, der sich an den apostolischen Stuhl richtet, d. h. daß er in internationalen Beziehungen, besonders dem apostolischen Stuhl gegenüber, sich nicht mit seinem Übernamen nennen wollte. Dieser „Höflichkeits“-Gesichtspunkt nimmt aber vielleicht allzusehr Rücksicht auf die gegenwärtige Gefühlsweise und ist deshalb in dem gegebenen Zusammenhang vielleicht nicht anwendbar. —

3. Möglich ist endlich, daß der Name Mieszkos I., unter dem ihn die gleichzeitigen Chronisten kennen, der offizielle Name ist, den er bei der Haarbeschneidung erhielt, als er unter männliche Fürsorge kam, während der Name *Dagoma der Name ist, dessen er sich bediente, als er unter dem Schutz der Mutter und der Frauen war. Es erhebt sich dann die Frage, weshalb er eigentlich unter dem Schutz der Mutter den Namen *Dagoma trug. Etwa deswegen, weil Podaga die Göttin des häuslichen Herdes war, die hauptsächlich von verheirateten Frauen ver-

1) Der polnische Forscher D. Forst-Bastaglia versucht neuerdings den Namen Dagome mit dem Sohne Mieszkos, mit Bolesław Chrobry zu identifizieren. (Red.)

ehrt wurde, und die Mutter Mieszko I. als regierende Fürstin besondere Rechte bei diesem Kulte hatte? Oder vielleicht deswegen, weil die Fürstin, die Mutter Mieszko I., nicht von Geburt Polin war, sondern vielleicht gerade aus entfernteren Gegenden stammte, vielleicht gerade aus Wagrien, wo der Kult der Podaga nachweislich bezeugt ist? In diesem Falle könnte der Name sogar eine Unterstreichung der Verbindungen Mieszko I. mit Wagrien bzw. mit den Obotriten durch die Mutter darstellen. Wie bekannt, verhielten sich die Obotriten Mieszko I. und Boleslaw gegenüber am freundschaftlichsten von allen westlechischen Stämmen. Es ist nicht unmöglich, daß dies freundschaftliche Verhältnis auf Familienüberlieferungen beruhte, auf dem Bewußtsein, daß Mieszko I. und sein Sohn die Nachkommen irgendeiner der wagrischen bzw. obotritischen Fürstentöchter waren.

Die allgemeinen Bedingungen für eine solche Ehe Siemomysls, des Vaters Mieszko I. mit einer von den obotritischen Prinzessinnen waren zweifellos gegeben. Wenn Mieszko I. ein Ehebündnis mit der schon getauften tschechischen Prinzessin Dobrawka schließen konnte, so konnte es sein Vater mit einer von den obotritischen Prinzessinnen um so mehr, als die sprachlich-stammliche und historische Gemeinschaft und vor allem die im religiösen Bekenntnis und den Sitten zwischen Polanen und Obotriten größer war als die Gemeinschaft zwischen den Polanen und den Tschechen, besonders den getauften. Der internationale Gesichtskreis Mieszko I. zur Zeit seiner Ehe erscheint sehr weit. Zweifellos unterschied sich auch zu seines Vaters Zeit der Gesichtskreis nicht sehr in seiner Ausdehnung von dem Mieszko I. Wenn Mieszko ihn grundsätzlich in christlicher Richtung erweiterte, muß man sich nicht vorstellen, daß diese Ausdehnung etwas rücksichtslos Neues war. Die christlichen Staaten und vor allem das zum Christentum übertretende Tschechien wurden am Hofe des Vaters Mieszko aufmerksam beobachtet. Aber nähere Verbindungen, eventuell verstärkt oder angeknüpft auf dem Wege von Ehen der regierenden Personen, mußten die Dynastie der Piasten enger mit den noch heidnischen westlechischen Stammesgenossen verknüpfen. Deshalb enthält auch die Annahme, daß die Mutter Mieszko I. eine von den obotritischen Prinzessinnen war, die einen besonderen Kult der Göttin Podaga betrieb, mitgebracht aus ihrer früheren Heimat, vielleicht sogar aus Wagrien, in sich nichts grundsätzlich Unwahrscheinliches. Auf diese Weise wäre der zweite Name Mieszko I., *Dagoma, vollständig gerechtfertigt durch die religiöse Tradition der Mutter, mitgebracht aus ihrem Vaterlande, und ihre Anhänglichkeit an diese Tradition sowie das Verlangen, den Sohn, der zur Übernahme der väterlichen Erbschaft bestimmt war, dem besonderen Schutze der Gottheit zu empfehlen, zu der die Mutter ein besonderes Vertrauen hatte. —

4. Als Mieszko I. in der Richtung des christlichen Lagers in Europa vorging, verstärkte er dies Lager und schwächte gleichzeitig das Heidentum, besonders fühlbar unter den slavischen Stämmen. Durch seinen Abfall zerschlug er die lechischen Stämme in zwei sich erbittert bekämpfende Lager, wodurch er die ethnische Grundlage des von ihm selbst erbauten Staates sehr schwächte! In seiner Tätigkeit und der Tätigkeit seines Erben Boleslaw Chrobry und sogar des Boleslaw Krzywousty finden sich Spuren, daß die Dynastie der Piasten und die mit ihr verbundene regierende Schicht in Polen sich wohl hierüber Rechenschaft gaben und sich nach Möglichkeit bemühten, die Folgen dieser Zerschlagung wieder gut zu machen. Vollständig erloschen diese Bemühungen zum größten Schaden für die Zukunft des polnischen Staates eigentlich erst unter der Dynastie der Jagellonen, die ethnisch Polen und dem polnischen Volke fremd war.

Auf dem so begriffenen historischen Boden ist es wert, die Frage zu stellen: warum gebrauchte Mieszko I. in der Urkunde, die sich an den apostolischen Stuhl wendet, den Namen Dagome? Die Frage ist nur in dem Falle wichtig, wenn es richtig ist, daß der Name Dagoma auf Familienverbindungen mit Wagrien, mit den Obotriten hinweist. Wenn man die oben bezeich-

neten „Höflichkeits“rücksichten ablehnt, könnte man nur an politische denken, die Mieszko I. zum Gebrauch dieses Namens bewegen. Wenn also Dagome mit Podaga Verbindung hat, nicht nur rein und ausschließlich sprachliche, sondern auch sachliche, wie ich oben angenommen habe, vielleicht durch die Mutter Mieszkos I., so konnten sich im Gebrauch dieses Namens die Ansprüche Mieszkos I. auf die Erbschaft nach der Mutter bzw. durch die Mutter bergen. Diese Erbschaft würde die Lechen jenseits der Oder, im besonderen vielleicht die Obotriten oder nur ihren wagrischen Zweig treffen. Die Grenzen des Reichs Mieszkos I. waren nicht weit entfernt von den obotritischen Stämmen. Die liutizische (wilzische) Föderation ist erst später, und wer weiß, ob ihre Bildung nicht gerade seit der Zeit datiert, als Mieszko I. vom Heidentum abfiel, „Verrat“ verübend.

Die Annahme von Widajewicz, „Slavia Occidentalis“ VI, S. 171—175, und Brückner, „Slavia Occidentalis“ VII, S. 71 ff.¹⁾, daß die Westgrenze Mieszkos I. längs der Oder bis Stettin verlief, hat alle Zeichen der Wahrscheinlichkeit. Allerdings ist der „locus Alemure“ unklar, aber vielleicht nicht hoffnungslos. Aus dem Text der Urkunde „Dagome iudex“ scheint hervorzugehen, daß Alemure zwischen Oder und Milsk (mileze) liegt. Der Name selbst ist zweimal geschrieben: „ilocu q dR alemure: et ab ipsa alemura“. Dies ist eine vollständig unzureichende Bestimmung. Es ist die Frage, ob man unter locus Alemure notwendig eine Stadt, Gegend bzw. Land zu verstehen hat, oder ob man nicht auch unter Alemure z. B. einen See zusammen mit einer Burg, die an ihm liegt und dem zu dieser gehörigen Lande vorstellen kann. Das scheint möglich, vgl. z. B. Wisła: Wislica, die Flüsse und Dörfer bzw. Städte bezeichnen, Wistowo, das Dörfer und See bezeichnet usw. Wenn wir von diesem Gesichtspunkte aus das rätselhafte Alemure betrachten, so können wir rein sprachlich in ihm ein alt-polnisches *Olo-morze aus *Olo-morje sehen, das der Name eines stehenden Wassers oder vielleicht von Sümpfen sein würde, die weite Gebiete überfluten, und einer Burg, die an ihrem Ufer bzw. zwischen ihnen lag, bzw. eines Landes, das zu der Burg gehörte, sein würde ... In jedem Falle scheint die Möglichkeit vorzuliegen, daß *Olo-morje genannt wurde ein Komplex von Seen bzw. Sümpfen irgendwo im Flußgebiet der mittleren Oder, vielleicht sogar da, wo die kleine Oder (Odrzyca) sich von der Oder abzweigte und sich dann mit ihr wieder vereinigte, und daß dieser Komplex, der weder nach seiner Ausdehnung noch nach seiner Bevölkerung näher bekannt ist, in der Urkunde „Dagome iudex“ als einer der Grenzbezirke des Polens Mieszkos I. genannt wurde. Ich würde sogar keine Unmöglichkeit sehen für die Anwendung dieses Namens auf die Anhäufung der jenseits der Oder liegenden Seen, durch die die Sprewa (pol. *Sprzewa) „Spre“ bzw. die Havel floß.

Besonders wenn wir „Alemure“ so weit nach Westen verschieben und diesen Umstand mit dem Gebrauch des Namens Dagome verbinden, so wird die Hypothese von früheren engeren Verbindungen der westlichen Lechen mit Polen vor Mieszko I. sich nicht als etwas vollständig Unmögliches darstellen. Gerade die Annahme des Christentums aus Tschechien durch Mieszko I. führte zur Zerschlagung der lechischen Einheit und zur Bildung von zwei Mittelpunkten: eines ostlechischen, polnischen, christlichen, der nach Böhmen, Rom und Deutschland gravitierte, und eines westlechisch-heidnischen, der sich selbst überlassen blieb und verschärfte heidnische Opposition betrieb. Diese Opposition war eng verbunden mit dem religiösen Gegensatz der Polanen und Liutizen. Eingermaßen ein Beweis für die ursprüngliche Verbindung der Liutizen mit der weltlichen Organisation Polens unter Mieszko I. vor Annahme des Christentums und früher ist die Tatsache, daß die Organisation ihres Bundes später ausschließlich theokratisch ohne weltlichen Fürsten war. Man kann das als Spur ihrer Losreißung von der weltlichen Gewalt, die in Polen regierte, begreifen, der Losreißung, veranlaßt durch die religiöse Organisation der Priester, die sich später schon fürchteten, eine welt-

1) Vgl. „Ostland-Berichte“ Jhg. II (1928) Nr. 9, S. 167.

liche Gewalt einzusetzen bzw. zuzulassen. Sie meinten nämlich, daß diese ebenso wie Mieszko I., zum Christentume abfallen könne. Diese Umstände verstanden die Deutschen auszunutzen, und Mieszko I., Boleslaw Chrobry und ihre Nachfolger hatten eine erschwerte Position, es gelang ihnen nicht, das ursprüngliche Übel ungeschehen zu machen, obgleich sie viele Bemühungen und Energie in dieser Richtung verwandten.“

[Polski Dagome iudex i wagyryjska Podaga; in: „Slavia Occidentalis“, Bd. VII (1928), S. 135—165.] (13)

Dąbrowski, J. Die Wiege der polnischen Kultur.

Aber diese Frage veröffentlicht der bekannte Krakauer Historiker in der Festschrift zu Ehren des Berliner Slavisten A. Brückner eine sehr aufschlußreiche Untersuchung.

Einleitend berührt der Verfasser die in der polnischen Wissenschaft bestehende Kontroverse über die Entstehung der polnischen Schriftsprache; nach der einen Meinung soll sie aus der Kreuzung verschiedener Mundarten, nach der anderen Meinung aus dem großpolnischen Dialekt entstanden sein, weil die Schriftsprache ebenso wie das Großpolnische keine Masurierung aufweise, die aber in Kleinpolen und Masowien vorkomme. Dieser letzten These steht nach Meinung des Verfassers die Tatsache entgegen, daß die wichtigsten und ältesten polnischen Sprachdenkmäler fast ausschließlich aus Kleinpolen stammen. Der Verfasser erklärt sich gegen die These von der großpolnischen Entstehung der Schriftsprache nicht aus sprachlichen sondern aus historischen Erwägungen. Er polemisiert insbesondere gegen den polnischen Sprachforscher Lehr-Splawiński, der geradezu behauptet hat: „Großpolen war nicht nur die Wiege des polnischen Staates, sondern auch der polnischen Kultur“, und hält diese Polemik für um so wichtiger, als Lehr-Splawiński viele Anhänger, so z. B. sogar in dem Posener Historiker Tymieniecki gefunden hat¹⁾.

Die historischen Argumente derjenigen, welche für den großpolnischen Ursprung der Schriftsprache eintreten, sind nach Dąbrowski folgende: man geht von den einheitlichen Anfängen der polnischen Kultur aus und setzt das Vorhandensein eines königlichen Hofes in sehr frühe Zeit, schon in die Anfänge Boleslaw Chrobry's, in welche man auch die Anfänge der bischöflichen Höfe legt. In beiden sieht man bedeutende Kulturzentren. Hier, an diesen Höfen, sei eine besondere, eine Hofsprache entstanden, welche die Charakteristik des großpolnischen Dialektes gezeigt habe und zwar aus dem Grunde, weil Großpolen die Wiege der Piasten und des polnischen Staates war, und weil die Würdenträger und Bischöfe angeblich vorwiegend aus Großpolen stammten.

Diese hier von Dąbrowski wiedergegebene Meinung wird von den Sprachforschern Nišch und Loś vertreten. Der letztere hat seine Beurteilung dieses Problems sogar folgendermaßen formuliert: „Die Piasten regierten in Großpolen und bauten dort den schnell anwachsenden polnischen Staat. Die Begründer des Staates, Mieszko I. und Boleslaw Chrobry, konnten nicht anders als in großpolnischer, Posener Mundart sprechen. Sie machten diese zur Sprache des eigenen Hofes um so mehr, da sich dieser aus Großpolen zusammensetzte.“ (S. 13.)

Dąbrowski versucht nun seine Stellungnahme zu dieser Frage, die im bewußten Gegensatz zu drei maßgebenden polnischen Sprachforschern (Nišch, Loś und Lehr-Splawiński) steht, zu begründen. Und hier verweist er auf das im Jahre 1925 erschienene Buch über Boleslaw Chrobry von Stanislaw Zakrzewski, das epochemachenden Einfluß auf den Gang der Forschung gehabt habe. Nach diesen Vorbemerkungen wendet sich Dąbrowski seiner Untersuchung zu und stellt als erste These auf, daß nicht davon die Rede sein könne,

1) Vgl. über dessen Arbeit „Großpolen als die Wiege des polnischen Staates“ das Referat in „Ostland-Berichte“ Jbgr. 1, S. 4.

daß die polnische Kultur ihren Ursprung nur einer einzigen Quelle verdanke (S. 14). Verfasser glaubt mehrere, mindestens zwei, kulturschöpferische Zentren feststellen zu können: „Unbedingt nicht später als das großpolnische Zentrum organisieren sich Komplexe der polnischen Staatlichkeit auch an der oberen Weichsel. Die Forschungen Potkańskis haben nicht nur das Vorhandensein eines Staates erwiesen, der dort unabhängig von einem ähnlichen Stammestaate an der Warthe entstand und höchstwahrscheinlich durch die großmährische Expansion vernichtet wurde, sondern sie haben auch die für die Zukunft der ganzen polnischen Kultur außerordentlich wichtige Tatsache unterstrichen, daß die erste Saat des Christentums lange vor Mieszko in die Erde der Wislanen fiel und sich hier länger und kräftiger erhielt als dies die Tradition betont hat, welche das unzweifelhaft erfolgreichere, aber spätere Werk Mieszkos vor Augen hat. Die Untersuchungen St. Zakrzewskis, welche der Theorie von dem tschechischen Charakter Krakaus im 10. Jahrhundert einen Stoß versetzten, haben hervorragend die Bedeutung dieses anderen staatlichen und kulturellen Mittelpunktes unterstrichen“ (S. 15). Die großmährische Expansion habe dann dieses erste kulturelle und staatliche Zentrum an der Weichsel, eben Krakau, vernichtet, während das durch die Polanen um Posen-Gnesen geschaffene unter den ersten Piasten, den Vorfahren Mieszkos, sich erfolgreich über andere Stämme ausbreitete: „Schon Potkański hat auf die Wahrscheinlichkeit einer Tatsache hingewiesen, die noch näherer Untersuchung harret, daß das Erscheinen der Ungarn und die Zerschlagung des großmährischen Reichs ein Ereignis war, das sehr für den sich bildenden polnischen Staat war. Großmähren ging in Trümmer, die Wislanen erlangten die Unabhängigkeit, aber, zu schwach im Verhältnis zu dem anwachsenden polnischen Staate, erlagen sie bald der Macht der Piasten . . . Krakau, distanziert durch Posen, hörte jedoch nicht auf — selbst nicht in den Augen der Zeitgenossen — die zweite Hauptstadt Polens zu sein.“

Im Anschluß hieran erwähnt Dabrowski den durch Zakrzewski geführten Nachweis, daß Krakau die Hauptstadt und der Krönungsort Bolesław Chrobry war, und daß ein ähnlicher Zustand auch unter Mieszko II. herrschte.

Dabrowski nimmt also mindestens zwei Hauptstädte für die Anfänge des polnischen Staates an: Posen und Krakau. Er steht in dieser Frage im Gegensatz zu Balzer und Bujak, welche für Gnesen als die ursprüngliche Hauptstadt eingetreten sind. Seinen Standpunkt formuliert er folgendermaßen: „Gnesen, die alte Hauptstätte des heidnischen Kultes, wurde in dem Augenblick Sitz des Hauptes der polnischen Kirche, als Chrobry die endgültigen Grundlagen für das Christentum legte“ (S. 16, Anm. 2).

Dabrowski neigt im Anschluß an Kutrzeba mehr zu der Annahme, daß der polnische Hof sich nicht an einem Orte aufhielt, sondern von einer Residenz zur anderen zog und erklärt daher:

„Die Theorie von der Ausschließlichkeit der großpolnischen Hauptstadt und damit auch des beständigen Aufenthaltes des Hofes in Großpolen muß als unhaltbar angesehen werden, zugleich mit ihr müssen auch die auf dieser Anschauung aufgebauten Schlüsse von dem kulturellen Übergewicht des großpolnischen Zentrums über den Rest Polens fallen. Formell wurde Krakau als Hauptstadt ganz Polens durch das Testament Bolesław Krzywoustys vom Jahre 1138 anerkannt“ (S. 16).

Auch zur Zeit der heidnischen Reaktion nach dem Tode Mieszkos II. bleibt Krakau der Stützpunkt des Christentums, während Großpolen und besonders Gnesen von der heidnischen Welle übersflutet werden. Krakau hatte eben die ältere christliche Tradition. Zu dieser Zeit saß auch das Haupt der polnischen Kirche (Erzbischof Aron) in Krakau; und erst nach dessen Tode geht die Metropole wieder an Gnesen über. Krakau wird im Laufe der Jahre immer mehr das Zentrum des Staates. Wenn nicht schon unter Mieszko II., so doch unter Bolesław Szczodry war hier die Schatzkammer.

Zusammenfassend stellt Dabrowski auf S. 18 noch einmal fest: Es gab mindestens zwei staatschöpferische Zentren in dem ersten

polnischen Staate: Großpolen und Krakau. Nach einem zeitweiligen Übergewicht Großpolens rückt Krakau im 11. Jahrhundert wieder an die erste Stelle. Das Polen des 10. und 11. Jahrhunderts kennt keine ständige Residenz. Gnesen war Kultusmittelpunkt, Posen war eine der vielen Residenzen, unter denen Krakau eine besondere Stellung einnahm. Die heidnische Reaktion nach Mieszko II. entscheidet endgültig zu Gunsten Krakaus (Festlegung dieses Zustandes im Jahre 1138).

Ähnlich wie mit der Frage der Hauptstadt Polens steht es auch mit dem Hofe des Herrschers. Im zweiten Teile seiner Untersuchung wendet sich Dabrowski der Entstehung der Hofsprache zu, und verweist auf drei dieses Problem betreffende Thesen: 1. Zur Zeit Boleslaw Chrobrys bestand schon ein Hof mit einem verhältnismäßig hohen Kulturniveau, der nicht nur aus echten Polen sondern vorwiegend aus Großpolen bestand. 2. Schon zu dieser Zeit hat die Geistlichkeit, vor allem die Bischöfe, einen sehr starken kulturellen Einfluß von polnischem Charakter, entweder am königlichen Hofe oder an eigenen Höfen ausgeübt. Die Bischöfe und die höhere Geistlichkeit ebenso wie die weltlichen Würdenträger sind vorwiegend großpolnischer Abstammung. Die dritte These lautet, „daß die Tradition des Hofes Boleslaw Chrobrys, besonders die kulturell-sprachliche, ununterbrochen fort dauerte bis zur Wende des 11. Jahrhunderts und, durch seinen Nachfolger nach Krakau verpflanzt, dort endgültig die Merkmale der großpolnischen Kultursprache festlegte“ (S. 19). Im Anschluß an diese Thesen erklärt Dabrowski: „Gegenüber den Tatsachen, die wir oben angeführt haben, steht der großpolnische Charakter des Hofes und das kulturelle Übergewicht des späteren Großpolens besonders über Krakau in einem sehr schwachen Lichte da“ (S. 19). Außerdem macht Dabrowski darauf aufmerksam, daß der Hof nie lange an einem Orte sich aufhielt, sondern durch das ganze Land reifte, und zwar durch Masowien, Schlesien, das spätere Kleinpolen, Gebiete, die vier Fünftel des gesamten damaligen Staates ausmachten. Die Mitglieder des Hofes und die Ritterschaft seien daher vielfachen sprachlichen Einflüssen ausgesetzt gewesen. Doch die eigentliche Lösung dieses Problems will der Verfasser den Sprachforschern überlassen.

Zu der Frage übergehend, ob der Hof großpolnischen Charakter gehabt habe, weist Dabrowski darauf hin, daß dieser Hof in seiner Zusammensetzung sehr wenig polnisch war. Sowohl Geistliche wie Ritter und auch Hofbediente stammten aus den verschiedensten Ländern: es waren Deutsche, Italiener, Ruthenen und Ungarn. Verfasser zitiert den Autor des Werkes über Boleslaw Chrobry (Jakrzewski), der geradezu erklärt hat: „Hof und fürstliche Familie haben äußerlich einen im höchsten Maße ausländischen Charakter“. Dabrowski bemerkt hierzu: „Und es konnte auch nicht anders sein. Außer der absichtlichen Politik des Fürsten, der die für Diplomatie, Verwaltung, Kirche und Heer geeigneten Leute suchte, wirkte hier mit großer Kraft noch ein anderer Umstand: Die fremde Herkunft der Herrscherinnen. Von Mieszko I. an bis zum Ende des 13. Jahrhunderts hat keiner der Piasten sich mit einer Polin verheiratet. Ihre Frauen, vorwiegend Deutsche und Rutheninnen, brachten an den Hof auch ihre Dienerschaft und fremde Sitte und Sprache mit, was doch auf den kulturellen Charakter des Hofes unbedingt einwirken mußte“ (S. 20).

Im Anschluß hieran weist Verfasser nach, daß für ein ganzes Jahrhundert (das 12.) der polnische Königshof einen ausgesprochen russischen Charakter gehabt habe und erklärt: „Durch nichts läßt sich auch die These von der großpolnischen Abstammung der weltlichen Würdenträger und der Bischöfe und hohen Geistlichkeit stützen.“

Im folgenden Abschnitt beschäftigt Dabrowski sich dann mit der von anderer Seite behaupteten „angeblich ununterbrochenen höfischen Tradition unter Mieszko I. und Boleslaw Chrobry, welche angeblich auch die Verlegung des Staatszentrums von Großpolen nach Krakau überdauert und zugleich dorthin großpolnische Sprachmerkmale verpflanzt haben soll“ (S. 22). Dabrowski weist darauf hin, daß mit der heidnischen Reaktion eine Caesur eingetreten ist. Kasimir der Erneuerer mußte ganz neu

aufbauen, den Erzbischof mußte er in Köln weihen lassen, er selbst kehrte ins Land zurück unter der Vormundschaft seiner Mutter, einer Deutschen, an der Spitze von 500 deutschen Rittern, und zur Frau nahm er eine Russin.

Auch den Bischofshöfen, die als Kulturzentren großpolnische Einflüsse verbreiten konnten, steht der Verfasser sehr skeptisch gegenüber und erklärt: „Vor allem kennen wir bis über die zweite Hälfte des 11. Jahrhunderts nicht einen einzigen Bischof, der zweifellos ein Pole war. Die Bischöfe und die höhere Geistlichkeit waren Ausländer deutscher oder romanischer Abstammung; unter den Mönchen überwiegt das fremde Element“ (S. 23).

Nach Meinung Dabrowskis hätte man die Anfänge der polnischen Literatursprache am besten auf dem Gebiet des Unterrichtes und der Erziehung studieren können. Aber selbst der beste Kenner dieses Gebietes (Karbowiak) „kann für diese Zeiten nichts anderes feststellen als ein niedriges Bildungsniveau des Klerus, Mangel an gebildeteren Leuten, Heranziehung von Fremden im 11. und 12. Jahrhundert. Der beste Gradmesser für die Entwicklung der Geisteskultur in dem damaligen Polen ist die Tatsache, daß ein Pole als Geschichtsschreiber sich erst für Kasimir den Gerechten gefunden hat, daß ein Jahrhundert früher für Boleslaw Schiefmund, ein Fremder die Chronik schreiben muß, daß der machtvolle Schöpfer des Staates, Boleslaw Chrobry, überhaupt keinen Geschichtsschreiber gefunden hat, und daß sogar die polnische Chronistik so spät sich zu entwickeln beginnt. Von gebildeten polnischen Geistlichen kann man erst an der Wende vom 11. zum 12. Jahrhundert sprechen, obwohl ein wirklicher Fortschritt auf dem Gebiete des Unterrichtes im Zusammenhang mit einer umfangreicheren Ausbildung im Auslande in Polen erst zur Zeit Kasimirs des Gerechten in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts erscheint. Trotzdem ist damals keinerlei Übergewicht Großpolens zu beobachten, im Gegenteil, stärker denn je tritt Krakau hervor. Seine Rolle als Kulturzentrum, die Professor Lehr-Splawinski erst in das 13. Jahrhundert setzt, ist viel älter; schon um zwei Jahrhunderte früher, wie wir gesehen haben, datiert seine, die anderen Zentren überragende Stellung“ (S. 24).

Zusammenfassend legt Dabrowski seinen Standpunkt dahin fest: „daß man, den Hochmut vom Herzen abwerfend, die Bildungsanfänge, nicht einer kosmopolitisch - christlich - lateinischen mittelalterlichen Kultur — die uns schon im 10. Jahrhundert eingepflicht wurde — sondern einer auf ihrem Untergrunde erwachsenen bodenständigen geistigen Kultur von polnischem Charakter in spätere Zeiten, in jedem Falle in das 12. Jahrhundert verweisen muß“ (S. 24).

In Polen sind eben nach Meinung des Verfassers alle Erscheinungen später anzusehen; so z. B. entbrannte der Streit um die Kirchenreform in Polen um ein ganzes Jahrhundert später als im Westen. Die ersten Denkmäler der polnischen Sprache stammen aus der Zeit, da der polnische Klerus für das Eindringen der polnischen Sprache in die Kirche kämpft (13. Jahrhundert). „Der leitenden Rolle der Geistlichkeit im geistigen Leben Polens im 13. Jahrhundert verdankt auch Gnesen, die kirchliche Hauptstadt Polens, wenn auch nur für kurze Zeit eine Vermehrung seiner politischen Bedeutung“ (S. 25).

Zum Schlusse stellt Dabrowski noch einmal fest, daß auf Grund der historischen Tatsachen die These von Großpolen als der Wiege der polnischen Kultur nicht aufrecht erhalten werden könne und besond' zusammenfassend: „Diese Kultur hatte mehrere schöpferische Zentren; darüber, welches das wichtigste war, soll jetzt nicht gestritten werden. Aber die Vielheit dieser Zentren hatte nur einen günstigen Einfluß auf die Lebenskraft (dieser Kultur), erleichterte ihre Zusammenfassung und die Verschmelzung der Stämme der ältesten Teilgebiete des späteren mittelalterlichen Polens zu einer politischen und kulturellen Einheit“ (S. 26).

[O kolebke kultury polskiej: in der Brückner-Festschrift „Studia staropolskie“ (Altpolnische Studien). Krakau 1928, S. 10 ff.]

Antiqua = wörtliche Abersezung des polnischen Textes. (The rest of the page contains a very faint, mostly illegible German translation of the Polish text on the left, appearing as bleed-through or a secondary column of text.)

Dieser in der von der vorgeschichtlichen Abteilung des Großpolnischen Museums in Posen herausgegebenen Vierteljahrschrift erschienene Aufsatz gibt einen kurzen Überblick über Zahl und Art der in Großpolen vorhandenen Burgwälle und eine Charakteristik der in ihnen ermittelten Fundstücke, wobei die Keramik unter Beigabe mehrerer Abbildungen ausführlich behandelt wird.

Daß die Burgwälle (polnisch „grodzisko“) Verteidigungszwecken gedient haben, unterliegt nach Meinung des Verfassers keinem Zweifel. Sie liegen in Großpolen vorwiegend an Flüssen, Seen und in sumpfigem Gelände. Später waren sie zugleich auch die Stätten für Gericht, Markt und Kultus. Für das letztere dürfte sprechen, daß man vielfach nach Einführung des Christentums hier Kirchen und Kapellen erbaut hat.

Die Verbreitung der Burgwälle in Großpolen ist unregelmäßig; am dichtesten treten sie in den fruchtbaren und wasserreichen Gegenden auf. Man kennt bisher etwa 300, eine stattliche Zahl, die unsern Verfasser zu dem Schlusse führt, „daß Großpolen in der frühhistorischen Zeit zahlreich bewohnt war und zwar durch eine Bevölkerung, die wir als die unmittelbaren Nachkommen der früheren Bevölkerung des „Lausitzer“ Gräbertypus kennen, welcher letztere in Großpolen zum mindesten seit dem Ende des 2. Abschnittes des Bronzezeitalters, seit der Mitte des 2. Jahrtausends vor Chr., ansässig gewesen ist“ (S. 10).

In dem ersten Teil seiner Darstellung behandelt der Verfasser die einzelnen Formen der in Großpolen festgestellten Burgwälle und unterscheidet drei Gruppen: ringförmige, halbkreisförmige und hügelartige.

Zu der ersten Gruppe, welche die Mehrzahl aller großpolnischen Burgwälle umfaßt, rechnet er alle ringförmigen, ovalen, vier- oder achteckigen Aufschüttungen. Solche Anlagen finden sich auch häufig auf Landzungen und auf Inseln in den Seen.

Die Burgwälle der zweiten Gruppe lehnten sich an Sümpfe oder Seeufer an. In Lubin im Kreise Mogilno finden wir sogar Anlehnung auf der einen Seite an das Ufer des Sees und auf der andern Seite an eine tiefe Parowe.

Die hügelartige Burgwälle der dritten Gruppe kommen in Großpolen seltener vor; die beträchtliche Höhe geht hier auf Kosten des Umfangs. Sie werden auch Schloßchen („zameczysko“) genannt.

Als interessante Abarten der ersten Gruppe nennt der Verfasser die viereckige sogenannte Schwedenschanze bei Moraczewo (Kr. Gnesen) und die viereckige Wallanlage in Karno (Kr. Wollstein). Ein achteckiger Burgwall befindet sich in Koronowo (Kr. Bromberg). Eine Ausgestaltung der ersten Gruppe ist dadurch entstanden, daß zwei ringförmige Wallanlagen aneinander geschoben wurden, so z. B. in Bonikowo, Morawino, Grätz (Kr. Pleschen) und in Lekno.

Die meisten Burgwälle bestehen ausschließlich aus Erdaufschüttung, nur selten sind Stein- oder Faschinenpackungen zu beobachten.

Die Frage, wann diese Burgwälle entstanden sein können, beantwortet der Verfasser dahin, daß er zwei Perioden unterscheidet. Die hügelartige Burgwälle glaubt er mit großer Wahrscheinlichkeit in das Mittelalter, in die historische Zeit, verweisen zu können und zwar auf Grund der Fundkeramik. Die flachgebauten Burgwälle dagegen (Gruppe 1 und 2) setzt er in die zweite Hälfte des ersten Jahrtausends nach Chr., bemerkt aber dazu, daß einige von ihnen höchstwahrscheinlich in ältere prähistorische Zeiten zurückreichen. Zu diesen rechnet er den Burgwall in Priment (Kr. Wollstein), wo zwei Schichten mit Überresten festgestellt worden sind, von denen die untere in das Ende der Bronze- und in die frühe Eisenzeit (gegen 800 v. Chr.) zurückreicht. Ähnliche Beobachtungen habe man bei andern Burgwällen, z. B. in Buin, Komorowo, Ostrowite (Kr. Tremessen) gemacht.

Der Verfasser glaubt aus dieser Beobachtung folgenden Schluß ziehen zu können: „Es kann also sein, daß auch diese Burgwälle schon in der Bronzezeit erbaut worden sind und zwar durch die Bevölkerung der Brandgrabengräber vom „Lausitzer“ Typus, welche ihre Unabhängigkeit gegenüber dem eindringenden nordischen Volke der Kistengräber und Gräber mit Stein-

packung verteidigte. Hier hätten wir dann den Berührungspunkt zwischen der Bevölkerung der „Lausitzer“ Gräber mit der frühhistorischen zweifellos schon polnischen Bevölkerung“ (S. 4).

Im folgenden wendet sich der Verfasser dann zur Betrachtung der in den Burgwällen festgestellten Fundkeramik. Hier glaubt er eine überwiegende Anwendung der Töpferscheibe beobachten zu können, die aber erst im Laufe des 10. Jahrhunderts nach Chr. in Großpolen sich allgemein durchsetzt.

Bei den älteren Gefäßen beobachtete der Verfasser am Boden der Gefäße eine runde Vertiefung, die wahrscheinlich der Abdruck eines Buckels ist, der auf der Töpferscheibe zum Festhalten des Tonklumpens angebracht war. Bei den jüngeren Gefäßen (seit dem 11. Jahrhundert) ist der Boden mit den verschiedensten Zeichen versehen, in welchen der Verfasser aber keine Ornamente, sondern „Fabrikstempel der Töpfer“ sieht. Piotrowski polemisiert hier gegen den deutschen Forscher Mag Nabe, welcher die kreuzförmigen Zeichen als religiöse Symbole erklärt und die damit versehenen Gefäße der deutschen Provenienz zugeschrieben hatte. Nabe habe kaum vier dieser Zeichen gekannt, während jetzt allein für Großpolen etwa 100 festgestellt worden seien.

Verfasser unterscheidet zwei Arten von Töpfermarken, eingeprägte und plastisch hervortretende, und betont, daß die letzteren die überwältigende Mehrheit in Großpolen bilden. Sie seien nicht, wie Nabe meint, mit einem beweglichen Stempel aufgedrückt worden, sondern seien Abdrücke von Mustern, die in die Mitte der Töpferscheibe eingeschnitten worden waren. Hinsichtlich des von Nabe als Beweismittel angeführten Kreuzzeichens betont der Verfasser, daß auf der frühhistorischen Keramik Großpolens das Kreuzzeichen schon zu einer Zeit beobachtet werde, da das Christentum in Polen noch nicht eingeführt war (Mitte 10. Jahrhundert). Außerdem seien diese Töpfermarken in Kreuzform älter als die bisher aus deutschen Gebieten bekannten.

Zum Schluß behandelt der Verfasser die auf den Gefäßen angebrachte Ornamentik und zeigt an 12 Abbildungen die verschiedenen Muster.

Ganz unverhältnismäßig gering an Zahl gegenüber der Fundkeramik sind die ermittelten Waffen und Geräte. Nur höchst selten sind Schwerter gefunden worden, öfter dagegen Speerspitzen, Pfeile und Sporen. Von Geräten sind sehr zahlreich Messer gefunden worden. Neben den Eisengeräten sind aber noch vielfach Geräte aus Horn und Knochen vertreten.

[O grodziskach wielkopolskich; in der Zeitschrift: „Z otchłani wieków“ (Aus der Tiefe der Jahrhunderte), Jhg. III (1928), Heft 1, S. 1 ff.] (11)

Die Grenzen des polnischen Staates.

Aus einer von sachverständiger Seite in dem von der Krakauer Zeitung „Mistrowany Kurjer Codzienny“ herausgegebenen Kalender für 1929, geschriebenen Skizze sei über die Festlegung der polnischen Grenzen folgendes mitgeteilt. Polen grenzt an neun Staaten: Deutschland, die Freie Stadt Danzig, Tschechoslowakei, Rumänien, Ukraine, Rußland, Weißrußland, Lettland und Litauen. Der Verfasser berichtet ausführlich über die technische Seite der Grenzfestlegung, welche dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten untersteht. Die Festlegung der deutsch-polnischen Grenze begann im Jahre 1920 und wurde im Oktober 1924 damit abgeschlossen, daß das ganze Material der Vorkonferenz in Paris überwiesen wurde. Die Grenze ist durch Steine bezeichnet, welche etwa einen Meter aus dem Erdboden herausragen, die Buchstaben D (Deutschland) und P (Polen) und die Aufschrift „Versailles 1919“ tragen. Außerdem gibt es kleinere Grenzsteine, welche nur die Buchstaben D und P tragen. Die Länge der deutsch-polnischen Grenze beträgt 1911 km, und auf dieser Grenzlinie befinden sich 5607 Grenzsteine.

In gleicher Weise wie mit Deutschland ist die Grenze Polens mit der Freien Stadt Danzig festgelegt worden. Diese ist 119 km lang und durch 693 Grenzsteine bezeichnet worden.

Die Grenze Polens gegen Rußland, die in eine polnisch-weißrussische, polnisch-russische und polnisch-ukrainische zerfällt, ist auf Grund der Abmachungen des Vertrages zu Riga vom März 1921 gezogen worden. Die Arbeiten fanden im Juli 1925 ihr Ende. Hier machte sich der Mangel genauer Karten empfindlich bemerkbar, außerdem war die Grenzziehung durch die Sumpfsgebiete der Polesie und Wolhyniens außerordentlich erschwert. Als Grenzzeichen sind hier in 5 m Abstand zwei Reihen von Eichenpfählen gesetzt worden, welche 2 1/2 m den Erdboden überragen. Außer diesen Grenzpfählen dienen auch Hügel zur Grenzbezeichnung. Der 5-m-Streifen zwischen den beiden Grenzpfahlreihen gilt als neutrale Zone. Als Landesgrenze gilt die Mitte dieses 5-m-Streifens. Die Grenze zwischen Polen und Rußland ist 1412 km lang; sie weist 2290 Paar Grenzpfähle und gegen 5000 Grenzhügel auf.

Während die polnisch-russische Grenze ohne Hinzuziehung fremder Schiedsrichter festgelegt worden ist, wurde die Grenze zwischen Polen und der Tschechoslowakei durch eine vom Votschafferrat ernannte Kommission bestimmt. Auch hier ist die Grenze ähnlich wie gegen Deutschland durch Steine bezeichnet. Die 930 km lange Grenze weist 2537 Grenzsteine und eine sehr große Zahl von Grenzhügeln auf. Diese Grenzfestlegung wurde dem Votschafferrat im Oktober 1927 in Paris vorgelegt.

Vom Stoh zum Dnjestr zieht sich die ungefähr 350 km lange polnisch-rumänische Grenze hin, die fast ausschließlich den Flußtäälern von Czeremosz, Pruth und Dnjestr folgt. Die Festlegung der Grenze wurde im Jahre 1927 begonnen und wird 1930 oder 1931 beendet sein. Die Grenzpfähle sind aus Gußeisen.

Die Grenzen Polens mit Lettland und Litauen sind vorläufig nur provisorisch gezogen.

[„Granice państwa polskiego i ich wyznaczenie“ in: „Kalendarz Ilustrowanego Kuryera Codziennego na rok 1929“, S. 61 ff.] (14)

Die Außenpolitik Polens in den Jahren 1926 und 1927 in Bezug auf Deutschland und Danzig.

Die gegenwärtige Regierung Polens hat in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 ein großes Sammelwerk über ihre Tätigkeit in der Zeit von dem Maiumsturz 1926 bis zum Jahresende 1927 veröffentlicht, dem wir — aus dem „Bericht über die Außenpolitik“ — Folgendes über das Verhältnis zu Deutschland und Danzig entnehmen.

Ausgangspunkt der Betrachtung ist der Locarno-Pakt, dessen Mängel für Polen hervorgehoben werden. So wird u. a. behauptet: „Unzweifelhaft ist, daß hierbei . . . bedeutende Dinge von den vor dem Mai 1926 im Amte gewesenen Regierungen übersehen und vernachlässigt wurden. Nach dem Mai-Umsturz sind die ersten Hauptforderungen der Außenpolitik Polens: Erlangung eines Platzes im Völkerbundsrat für Polen und die jeden Zweifel ausschließende Feststellung, daß die Westgrenzen unverletzlich sind.“ Der Sitz im Völkerbundsrat sei erlangt worden, „dergestalt, daß dabei keine Schärfe gegen Deutschland enthalten gewesen sei.“ Im Gegenteil, es habe sich gezeigt, „daß die Zusammenarbeit Deutschlands und Polens im obersten Organ des Völkerbundes zur Entspannung der Konflikte beitrage.“

Dann wird jedoch der zweite Punkt, die Frage der polnischen Westgrenzen ausführlich berührt. Dabei heißt es: „Angesichts dieser friedlichen Forderungen und Grundlagen der polnischen Politik war es um so mehr notwendig, der internationalen Gefahr (!), die sich aus der Unvollkommenheit des Locarno-

paktes und der darin festgelegten Unterscheidung der West- und Ostgrenzen Deutschlands ergibt, einen Damm vorzulegen.“
 Sehr interessant ist ein in diesem Zusammenhange mitgeteiltes Zitat aus einer Instruktion des polnischen Außenministers an die ausländischen Vertreter Polens vom 20. Dezember 1926, in welcher angeordnet wird: „... im Falle irgendeiner Berührung der Frage einer Revision der polnisch-deutschen Grenzen, ist diese Frage mit aller Entschiedenheit aus den Unterredungen auszuschließen und kategorisch zu erklären, daß Polen sich niemals damit einverstanden erklärt Den Vertretern der übrigen Staaten gegenüber muß kategorisch festgestellt werden, daß jegliche Aufrollung dieser Frage zur Störung des Friedens in Europa führen kann¹⁾“

Ähnlich hatten die Erklärungen des polnischen Außenministers Jaleski im Sejm im Juli 1926 und im Januar 1927 gelaufen²⁾: „Wenn wir fest und konsequent auf die Herstellung dauernder Beziehungen (mit Deutschland) hinstreben . . . so können wir gewisse beunruhigende Tendenzen . . . mit Hinsicht auf die ernste Gefahr, die sie zweifellos schaffen können, nicht mit Stillschweigen übergehen.“ Und auch hier wieder hatte er betont, „auf diese Weise verteidigen wir nicht nur das Interesse Polens, sondern das Interesse des gesamten europäischen Friedens“

Diese Zitate sind um so bedeutsamer, als hervorgehoben wird, „daß solche Feststellung zum ersten Male von seiten Polens erfolgte, und daß die polnische Regierung vorher niemals klar und offen mit einem sowohl klaren als entschiedenen Vorbehalt betr. die Unverletzlichkeit der Westgrenze hervorgetreten ist“

Bei der Besprechung der Beziehungen zum Deutschen Reich wird natürlich auch wieder die Tätigkeit der jetzigen Regierung gelobt: „nachdem die Beziehungen zu Deutschland unter den Vormaierierungen sich negativ und ohne Hoffnung auf eine Besserung gezeigt hätten.“ Und zwar wegen des Abbruches der Wirtschaftsbeziehungen durch Deutschland, das die infolge der verfrühten Valuta-Reform hervorgerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens ausgenutzt habe. Der Bericht betont (nicht ohne Absicht), daß dies erfolgt sei „gerade zur Zeit Locarnos, in absolutem Gegensatz zu dem friedlichen und versöhnlichen Charakter der dort geschlossenen Verträge“. Im übrigen wird dem Wirtschaftskrieg deutlich im innersten Kern ein politischer Charakter untergeschoben, die Änderung (Abm. welche Änderung?) der Lage daher auch neben wirtschaftlichen Gründen (engl. Kohlenstreik) der Verschlechterung der internationalen politischen Konjunktur für Deutschland (durch Erneuerung der deutsch-russischen Verträge) zugeschrieben.

Während es bisher den Anschein hatte, als ob Deutschland allein politische Gründe für den Wirtschaftskrieg hätte, wird dies jetzt, vielleicht wider Willen, auch für Polen zugegeben, wenn es heißt: „Schließlich klärte Polen durch seine bedeutsame Regierungserklärung betr. die Unverletzlichkeit der Grenzen unwiderruflich die politischen Grundlagen, auf denen allein die Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen erfolgen kann.“

Recht eigentümlich ist die Art, in der das sehr langsame Fortschreiten der Verhandlungen, die im Grunde genommen doch heute immer noch auf demselben Fleck stehen, erklärt wird, nämlich: „Die tiefen Änderungen in den gegenseitigen Beziehungen der Völker vollziehen sich vielfach in Abhängigkeit von scheinbar geringfügigen Dingen; solche kleinen Fragen schaffen, besonders im Zusammenleben von Nachbarn, erst den Grund für eine lebhaftere Verständigung und Zusammenarbeit.“ Von dieser Auffassung sei die polnische Regierung ausgegangen. Zum Beweise für diese Behauptung werden die einzelnen kleinen Abkommen aufgezählt, die zwischen Deutschland und Polen in diesem Zeitraum geschlossen sind, alles Dinge, die kaum von irgendwelcher Bedeutung sind, während die wichtigen Fragen vielfach noch nicht einmal provisorisch gelöst worden sind.

1) Von uns gesperrt (Red.).

2) Vgl. hierzu „Ostland-Berichte“ Jahrg. 2 (1928) Nr. 6, S. 113.

Das erste wichtige politische Problem in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sei das der Frage der deutschen Ostbesetzungen gewesen. Dabei habe „Polen, ohne dabei irgendwelche politische Schärfe gegenüber dem Deutschen Reiche zu zeigen, aufs Lebhafteste bei den Forderungen der Interalliierten Militär-Kommission mitgearbeitet.“

Mit großem Bedauern stellt der Bericht dann fest: „diese versöhnliche, jedoch nicht weniger entschiedene Haltung der polnischen Regierung bei den deutsch-polnischen Fragen konnte die Tatsache nicht ändern, daß in einer Reihe lebenswichtiger und für Polen unermeßlich wichtiger Fragen von der deutschen Regierung alle möglichen feindlichen Maßnahmen gegen uns ergriffen wurden,“ nämlich betr. Oberschlesien (u. a. „massenweise Eindeutschung polnischer Kinder in Oberschlesien“) und in Danzig, wo, „unter Ausnützung der Tatsache, daß der Senat vom Jahre 1927 von den Nationalisten beherrscht wurde, vom Reich alle möglichen Versuche angestellt wurden, um die Beziehungen zu verschärfen“

Schließlich erwähnt der Bericht nochmals die Wiederaufnahme der Verhandlungen, (nachdem sich bei Volk und Regierung Deutschlands die Überzeugung durchgesetzt habe, daß der Zollkrieg sich politisch (!) zwecklos, betr. die innerwirtschaftlichen Verhältnisse aber schädlich gezeigt habe), und meint hierzu abschließend (allerdings recht allgemein), „auf diese Weise hätten die dauernden Bemühungen Polens (!) zur Regelung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland schon gewisse (?) günstige Resultate gezeitigt.“

Von den Ausführungen betr. Danzig sei hier Folgendes berührt. Es wird betont, daß in der Frage der Konsularangelegenheiten, die gemäß dem Versailler Vertrage von Polen besorgt werden, folgende Grundsätze befolgt worden seien: „einerseits die konsularische Hilfe bei Danziger Angelegenheiten und gegenüber Danziger Staatsangehörigen auf das Beste und Wirksamste durchzuführen, ohne Rücksicht auf die vielfach negative Haltung der Behörden der Freien Stadt ihr gegenüber, andererseits aber eifrig darüber zu wachen, daß unberechtigte Ansprüche und für die Interessen Danzigs selbst nicht selten schädliche Versuche der Danziger Behörden, diese Hilfe zu ignorieren, stets die richtige Erledigung fänden.“

Am Schlusse dieser Betrachtungen wird als Verdienst für Polen (!) in Anspruch genommen, daß es gelungen sei, von dem Deutschen Reich gem. Art. 312 des Versailler Vertrages für Danzig 5 Millionen Mark für die Versicherungssummen, die auf Danzig entfallen, zu erhalten.

[„Materiały odnoszące się do działalności Rządu w czasie od 15 maja 1926 do 31 grudnia 1927 r.“ Sprawozdania Ministerstw Warschau 1928. S. 19—49.] (18)

Neue Forderungen für die polnische Kriegsmarine.

Der hier berührte Aufsatz des Direktors Uziemblo der „See- und Flugliga“ unterscheidet sich durch seinen pessimistischen Ton sehr stark von den übrigen zur Zehn-Jahresfeier Polens erschienenen Betrachtungen. Denn U. stellt kurzerhand fest, die polnische Kriegsmarine habe „die Zehn-Jahresfeier ihres Aschenbrödel-daseins begehen können.“ Zwar ströme die polnische Jugend begeistert zum Dienst in der Flotte, aber diese böte lange nicht genug Möglichkeiten; denn „wir müssen mit Schmerz und Trauer feststellen, daß wir auf diesem Felde nicht vorwärts gekommen sind“

Wieder einmal betont der Verfasser die Notwendigkeit eines großartigen Ausbauprogramms, nachdem die früheren Mahnungen „leider immer auf vollkommene Gleichgültigkeit sowohl der breiten Öffentlichkeit als auch des Sejms gestoßen“ seien. Hier habe immer die Kostenfrage hinderlich gewirkt. Und wenn

sich, angesichts der Kirchturmspolitik des Sejm, die Marine doch ausbaue, so geschehe das wegen des Fehlens eines Programms derart, daß die Grundlagen des Aufbaues keineswegs gesichert erscheinen. Insbesondere bemängelt der Verfasser die Tatsache, daß selbst die wenigen Einheiten, um die sich die polnische Kriegsmarine vermehre, auf ausländischen Werften gebaut werden. Insofern sei Polen nicht nur wegen des Baues, sondern auch betr. der Reparaturen auf das Ausland angewiesen, so daß der Wert der polnischen Kriegsmarine auf ein Minimum herabgedrückt wird.

Daher fordert der Verfasser zunächst erneut ein großzügiges Ausbauprogramm, bei dem diesmal hauptsächlich die Frage der Selbstständigkeit Polens auch auf diesem Gebiet betont wird, wenngleich die wirtschaftlichen Vorteile auch nicht unberührt bleiben.

Eine Neuheit gegenüber diesen Forderungen, die wir schon an anderen Orten feststellen konnten, stellen die folgenden Ausführungen über die Umgestaltung des Haushaltsplanes für die Kriegsmarine dar. Man müsse die Kriegsmarine deutlich von der Flussschiffahrt unterscheiden. Letztere stelle wohl einen Teil der Landesverteidigung dar, die Kriegsmarine dagegen sei eine besondere Kampfmasse, die selbständig der obersten Führung unterstehe. Das müsse auch im Namen zum Ausdruck kommen, daher solle das Kriegsministerium in Zukunft den Namen „Kriegs- und Marineministerium“ (Ministerstwo Spraw Wojskowych i Marynarki Wojennej) führen. Ebenso sei das Generalinspektorat entsprechend umzugestalten. Ferner solle der Marinehaushalt nicht mehr in dem Haushaltsplan für das Landheer einbegriffen sein, sondern eine besondere Einheit bilden.

Wenn dem entgegengehalten würde, daß die Leistungen zu Lande unvergleichlich größer seien als das, was bisher zur See erreicht sei, so meint der Verfasser schließlich unter Hinweis auf die Entwicklung des Landheeres, daß ja inzwischen die kühnsten Träume überholt hätte, „es geht hier nicht darum, was wir heute besitzen, sondern um das, was wir wollen müssen, also haben werden (?)“.

[A. Uziembło in: „Głos Prawdy“, Nr. 345 (14. XII. 1928), S. 4.]
(15)

Die polnischen Wasserstraßen.

Unter der bezeichnenden Überschrift „Verhängnisvolle Vernachlässigung unserer Wasserstraßen“ macht A. Uziembło, der Direktor der „See- und Flüßliga“ sehr beachtenswerte Bemerkungen. Nach der üblichen Feststellung, welche intensive Arbeit in Polen schon geleistet wurde und werde, weist er darauf hin, daß „wie früher, so auch heute wir auf diesem Gebiet (der Wasserstraßen) in wirtschaftlicher Hinsicht nichts erreicht haben“. Die Flüsse seien bisher nur unter dem Gesichtspunkt der Melioration usw., nicht jedoch in Hinsicht auf ihre Verkehrsbedeutung beachtet worden. Demgegenüber betont Uziembło die Bedeutung der Wasserstraßen für den See-Export, „dessen Wachstum geradezu Existenzbedingung, Grundlage der wirtschaftlichen Unabhängigkeit ist“. Aber gerade der Mangel an Verkehrseinrichtungen ist ein schweres Hindernis. Nämlich: „Unsere Eisenbahnen genügen für Danzig und Gdingen bei ihrer gegenwärtigen Leistungsfähigkeit. Ein weiteres Wachstum Gdingens kann einzig und allein auf Kosten Danzigs geschehen, da die Bahnen mehr nicht zu transportieren vermögen und die Linie Bromberg—Gdingen erst in einigen Jahren fertig sein wird¹⁾.“ Der einzige Ausweg würde die Ausnützung des Weichselwasserweges sein. „Aber in dieser Hinsicht haben wir nichts getan¹⁾“ erklärt der Verfasser mit bemerkenswerter Offenherzigkeit.

1) Von uns gesperrt (Red.).

Anschließend hieran wird diese Bedeutung der Weichsel weiter ausgeführt. Zunächst würden in Pommerellen die deutschen Fabrikate durch polnische verdrängt werden, da bei Aufleben der Flußtransporte die Transportkosten der polnischen Fabrikate sich um 20—50 Prozent erniedrigen würden. Desgleichen würde die Lebensmittelversorgung der Küste und Gdingens, die bisher von Danzig, manchmal sogar durch Ostpreußen erledigt worden sei, der polnischen Landwirtschaft zugewandt werden.

Nach nochmaligem Hinweis auf die allgemeine Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben, auf die militärische Bedeutung (für diejenigen Staatsgebiete, deren Eisenbahnnetz gar nicht oder nur wenig entwickelt sei), fordert der Verfasser eine sofortige Verbesserung, denn „es geht nicht an, diese Frage bis zur Gesamtregulierung unserer Flußläufe, da diese große Kapitalien und jahrzehntelange Arbeit erfordert¹⁾, zurückzustellen, sondern man muß die heute verfügbaren Mittel anwenden.“ Und diese bestehen nach Meinung des Verfassers in Baggerarbeiten und in Vermehrung des Flußschiffahrtsparks. Aber beide Fragen seien „so vernachlässigt wie kein anderes Lebensgebiet²⁾.“

Bei dieser Gelegenheit kritisiert Uziemblo noch die Unterstellung der Binnenschiffahrt unter das Ministerium für öffentliche Arbeiten, das die Schuld an dem folgendermaßen gekennzeichneten Zustand tragen soll: „Das laufende Jahr war wegen der geringen Niederschläge geradezu katastrophal für die Binnenschiffahrt. Die Schiffe waren anfangs zu 70 Prozent, dann zu 50 Prozent und schließlich zu 30 und 20 Prozent der Ladefähigkeit beladen — aber auf der Weichsel zeigte sich kein größerer Bagger.“

Und im Anschluß daran macht der Verfasser folgende recht beachtenswerte Bemerkung: „Kaum glaublich ist es, aber tatsächlich der Fall, daß während einerseits mit den Eisenbahntransporten „Dumping“-Politik getrieben wird³⁾, die Schiffahrtsunternehmungen mit den höchsten Steuern belastet werden. Die staatlichen Kreditunternehmungen behandeln die Schiffahrt wie einen gewöhnlichen Wechselschuldner, und während sie für die Bauten der Seeschiffahrt Kredite gewähren, knausern sie mit ihnen für den Flußschiffahrtspark.“

[A. Uziemblo: „Fatalne zaniedbanie w zakresie dróg wodnych“; in: „Głos Prawdy“, -Tygodnik, Nr. 266 (7. X. 1928), S. 645.]

(19)

1) Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat bisher einen Regulierungsplan für die Weichsel bearbeitet, der in 20 Jahren mit einem jährlichen Aufwand von 25 Millionen Stoty ausgeführt werden sollte. Von einer Verwirklichung ist bisher noch nichts zu merken gewesen. (Red.)

2) Von uns gesperrt (Red.).

3) Vgl. „Ostland-Berichte“ Jahrg. 2 (1928) Nr. 5, S. 100.

Für die Herausgabe verantwortlich: Dr. W. Recke in Danzig

Druck von W. F. Bureau, Danzig,